GS-GA-01-106

Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-GA-01

Von Zeile 106 bis 115:
~~Alle Menschen haben das Recht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, auch Menschen mit Behinderungen. Wir wollen, dass es für alle behinderten Menschen leichter wird, Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Daher möchten wir die Ausgleichsabgabe erhöhen: Wer in größeren Betrieben keine behinderten Menschen beschäftigt, soll finanziell stärker dazu beitragen, dass behinderte Menschen anderswo Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt finden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen aber auch schneller und zuverlässiger unterstützt werden, wenn sie behinderte Menschen beschäftigen. Die Schwerbehindertenvertretung, Expert*innen für die Teilhabe behinderter Menschen in Unternehmen, möchten wir genau wie Werkstatträte stärken.~~Wir wollen die Arbeitswelt gerechter gestalten und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Leiharbeitskräfte bekommen vom ersten Tag an den gleichen Lohn wie die Stammbeschäftigten und zusätzlich eine Flexibilitätsprämie. Zweifelhafte Dienst- und Werkverträge ersetzen nicht mehr tariflich gut bezahlte Arbeit. Scheinselbstständigkeit wird rechtssicher verhindert. Arbeit auf Abruf und Befristungen ohne Grund wird es nicht mehr geben. Auch Menschen mit Behinderungen sollen leichter Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt finden. Für größere Betriebe, die keine behinderten Menschen beschäftigen, wird die Ausgleichsabgabe erhöht. So können andere Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mehr Menschen mit Behinderungen beschäftigen und dabei werden sie auch schneller und zuverlässiger unterstützt. Die Schwerbehindertenvertretung und Werkstatträte werden, wie die Betriebsräte auch, gestärkt. Werkstätten dürfen Menschen nicht isolieren, sie sollen einen gerechten Lohn zahlen und auf den allgemeinen Arbeitsmarkt

Begründung

Selbstverständlich haben Menschen mit Behinderungen gute Arbeit verdient. Unser Anspruch ist aber, dass alle Beschäftigten unter fairen Arbeitsbedingungen arbeiten können. Alle müssen fair entlohnt werden und alle sollen ihr Leben planen können. Die Arbeitswelt muss für alle Beschäftigten gerechter gestaltet werden. Deshalb wollen wir gute Arbeit für alle – auch für Menschen mit Behinderungen.

Die Änderung in der Überschrift: „Gute Arbeit für alle – auch für Menschen mit Behinderungen“ musste in einem separaten Änderungsantrag gestellt werden. Die Änderungsanträge gehören also zusammen.

Unterstützer*innen

Corinna Rüffer (Trier KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Udo Philipp (KV Kiel); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Jamila Schäfer (München KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Beate Walter-Rosenheimer (Fürstenfeldbruck KV); Dietrich Burchard (Göppingen KV); Matthias Dreikluft (Göppingen KV)